

REDE

von

Dr. Stefan Birkner

Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen

Außerordentlicher Landesparteitag

FDP Niedersachsen

am 25. September 2010 in Hannover

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Anrede,

die Ergebnisse der Kommunalwahl von vor zwei Wochen sind für uns eine herbe Niederlage gewesen. Daraus – wie auch aus den Ergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – müssen Schlüsse gezogen werden, und zwar die richtigen und das schnell. Wenn uns dies gelingt, meine Damen und Herren, dann wird es mit der FDP auch wieder bergauf gehen!

2006 haben wir bei der Kommunalwahl mit landesweit 6,7 Prozent und 761 Sitzen in Gemeinderäten und Kreistagen das beste Ergebnis bei Kommunalwahlen seit etwa dreißig Jahren erzielt. Nunmehr – nur fünf Jahre später – haben wir nur noch 3,4 Prozent und 409 Sitze. Dies zeigt den dramatischen Verlust, den wir erlitten haben. Und es darf nicht vergessen werden, dass hinter jeder Zahl ein engagierter Mensch steht, der der FDP und somit unserer gemeinsamen Sache vor Ort ein Gesicht und eine Stimme gegeben hat. Viele hundert Kandidatinnen und Kandidaten haben einen engagierten Kommunalwahlkampf geführt. Und das unter schwierigen Randbedingungen. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung!

Am Ende sind sie aber für etwas in Haftung genommen worden, was sie nicht beeinflussen konnten und nicht zu verantworten haben. Wir müssen jetzt sehr schnell prüfen, ob die Kommunikation zur Basis noch stimmt – und das in beide Richtungen. Uns darf nicht dasselbe passieren wie der SPD in rot-grüner Regierungszeit. Damals sprach für die SPD in Berlin ein gewisser Peter Hartz – und blieb an der Basis völlig unverstanden.

Ich unterstütze daher ausdrücklich Philipp Röslers Kurs, den Dialog mit der Partei auf den Regionalkonferenzen und mit der Bevölkerung zu intensivieren. Die Basis muss – bei allen Zwängen des Parlaments- und Regierungsalltags – bei den Entscheidungen, die in Berlin und Hannover getroffen werden, tatsächlich mitreden können und gehört werden. Denn nur dann können wir unseren Mitgliedern zumuten, dass sie vor Ort auch die Verantwortung dafür übernehmen, was andernorts gemacht wird, und von Ihnen erwarten, sich für die FDP einzusetzen!

Anrede,

wir haben in Berlin einen Koalitionsvertrag, der es an Klarheit mangeln lässt. Es wurde zu lange von uns eine thematische Verengung auf eine Steuersenkung vertreten, selbst als klar war, dass es in dieser Koalition und unter den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwierig werden wird. Und wir haben eine Wende in der Energiepolitik mitgemacht, die rational schwer nachvollziehbar ist und bei der sich zunehmend die Frage stellt, ob sie in dieser Form unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten überhaupt verantwortbar ist. Echte Erfolge, wie die 10 Milliarden Steuerentlastung zu Beginn der Koalitionszeit, sind hingegen untergegangen.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Im Ergebnis hat dies dazu geführt, dass Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der FDP massiv gelitten haben und wir eine ernsthafte Vertrauenskrise haben.

Es wäre aber zu einfach, die Verantwortung für all diese Entwicklungen alleine in Berlin zu suchen und so zu tun, als hätten wir damit nichts zu tun. Wir müssen uns auch selbst fragen, wie kritisch wir uns etwa auf Bundes-, Landes-, Bezirks- oder auch Kreisparteitagen mit all diesen Themen auseinander gesetzt haben und wie intensiv wir unsere Mitwirkungsrechte eingefordert haben.

Anrede,

die Liberalen sind die einzigen, die ausgehend vom verantwortungsbewussten Menschen unsere Gesellschaft gestalten wollen. Der Mut zur Verantwortung und der Gestaltungswille des Einzelnen stehen bei uns im Mittelpunkt.

Wie in meiner Vorstellung angekündigt, sehe ich es als unsere Aufgabe an, diesen Willen zur Verantwortung und zur Gestaltung aufzugreifen und einen Rahmen zu geben, in dem er zur Geltung kommen kann. Nur wenn die Handlungen und Entscheidungen in den Parlamenten und Regierungen von den Mitgliedern verstanden, nachvollzogen und überwiegend auch mit getragen werden können, wird es gelingen, die Vertrauenskrise bei den Wählerinnen und Wählern zu überwinden. Dazu gehört die angestrebte neue Dialog- und Mitwirkungskultur genauso wie auch die beschriebene konkrete Unterstützung unserer kommunalen Basis.

Wir haben bis zur Landtagswahl nur noch 16 Monate und damit keine Zeit zu verlieren, unsere Kräfte zu bündeln! Wir brauchen bereits jetzt – gerade nach dieser Kommunalwahl – einen Generalsekretär, der viel im Land unterwegs ist – in Niedersachsen und für Niedersachsen –. Deshalb freue ich mich, dass Gero Hocker sich bereit erklärt hat, diese Aufgabe bereits jetzt kommissarisch zu übernehmen. Dafür, lieber Gero, herzlichen Dank!

Liebe Frau Ratjen-Damerau, Ihnen danke für die geleistete Arbeit, wünsche Ihnen im gemeinsamen Interesse viel Erfolg bei Ihrer neuen Aufgabe und setze auf eine Fortsetzung unserer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit!

Anrede,

Heinrich Jürgens hat gesagt: Für die Zahl hinter dem Komma ist die Landespolitik verantwortlich, für die Zahl vor dem Komma die Bundespolitik. In der aktuellen Situation sage ich: Wir werden alles dafür tun, dass wir hier in Niedersachsen soviel wie möglich nicht nur hinter dem Komma, sondern auch vor dem Komma beeinflussen.

Dennoch ist es – und das wissen wir alle - von entscheidender Bedeutung, dass es in Berlin gelingt, deutlich zu machen, dass die FDP eine verlässliche und berechenbare Kraft ist.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Wir brauchen einen klaren, verständlichen und konsequenten Kurs. Und wir brauchen – nicht nur in Berlin – Geschlossenheit nach außen! Wer meint in Zeiten, in denen wir unter medialem Dauerbeschuss stehen, sich zu Lasten anderer öffentlich profilieren zu können, schadet der FDP und unserer gemeinsamen liberalen Sache!

Lieber Philipp, ich bin Dir sehr dankbar und habe hohen Respekt davor, dass Du in schwieriger Zeit für die Partei Verantwortung übernommen hast und kann Dir versichern, dass Deine FDP Niedersachsen auch künftig ihren Beitrag für eine verlässliche und berechenbare Politik leisten wird und Dich in jeder Hinsicht unterstützen wird. Wir haben zusammen Erfolge gefeiert – wir stehen auch zusammen, wenn der Wind mal kräftig von vorne kommt!

Auch möchte ich Dir ausdrücklich für die vielen Termine im Kommunalwahlkampf vor Ort danken! Ich kenne keinen Bundesvorsitzenden, der so engagiert Kommunalwahlkampf gemacht hat und so präsent war vor Ort wie Du!

Anrede,

zentrale Frage der Bundes- und auch der Europapolitik ist die Zukunft des Euros. Wie überwinden wir die Krise am besten? Wie positionieren wir uns als FDP dazu? Auch ich habe angesichts der ausgesprochen komplexen Materie hierfür keine Musterlösung parat.

Ich denke aber, dass es möglich ist, so etwas wie liberale Eckpunkte zu definieren, an denen Lösungswege gemessen werden sollten. Folgende vier Punkte sind mir dabei wichtig:

Erstens, die europäische Integration gewährleistet Freiheit und Sicherheit. Nicht ohne Grund ist die FDP die Europapartei schlechthin. Das klare Bekenntnis zur europäischen Idee ist einer unserer Wesenskerne. Die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit ist von historischer Bedeutung und darf insbesondere mit Blick auf die künftigen Generationen, auf unsere Kinder und Kindeskiner, nicht in Frage gestellt werden. Wir sind und bleiben die FDP von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher!

Zweitens, das Demokratieprinzip ist zwingend zu beachten. Wir haften im Extremfall im Rahmen des Euro-Hilfsfonds EFSF mit bis zu 400 Milliarden Euro. Dies zeigt, welche Risiken für die Handlungs-, Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands gegeben sind. Die notwendigen Entscheidungen bedürfen daher zwingend einer demokratischen Legitimation durch die Zustimmung des Parlaments.

Drittens, dem Verantwortungs- und Verursacherprinzip, das für uns Liberale wesentlich ist, muss Rechnung getragen werden. Es darf nicht zu einer weiteren Vergemeinschaftung von Schulden kommen. Denn die Schuldenspirale würde so nicht durchbrochen werden können. Und die weitere Vergemeinschaftung von Schulden birgt größere Risiken für die europäische Idee und Integration als der Verzicht darauf. Denn diese

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

wird angesichts der Auswirkungen auf die nationalen Haushalte die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern für die europäische Idee mittelfristig schwinden lassen. Allein die Einführung von Eurobonds würde durch die höheren Refinanzierungskosten für Niedersachsen allein im Jahr 2012 600 Mio. Euro Mehrbelastung bedeuten. Für die Kommunen drohen Belastungen von bis zu 280 Millionen Euro im Jahr. Deshalb lehnen wir – anders als die SPD und die Grünen – Eurobonds eindeutig ab. Daraus folgt auch, dass selbstverständlich Vorbereitungen getroffen sein müssen für den Fall der Zahlungsunfähigkeit eines Staates. Verantwortung ist und bleibt für uns Liberale Kern einer funktionierenden Gesellschaftsordnung.

Lieber Philipp, wir danken Dir ausdrücklich dafür, dass Du diese wichtige Diskussion angestoßen hast! Nicht diejenigen, die die Probleme ignorieren, sondern diejenigen, die die Herausforderungen eindeutig benennen, schaffen mehr Akzeptanz für Europa!

Viertens, die Akzeptanz der europäischen Idee und Integration in der Bevölkerung darf nicht weiter gefährdet werden. Es wäre nach meiner Überzeugung falsch, auf die fehlerhaften Entwicklungen in der Vergangenheit zu reagieren, indem man mit doppelter Geschwindigkeit weiter in die falsche Richtung fährt. Notwendig ist eine Richtungsänderung mit Augenmaß, die uns nicht ins Schleudern bringt. Konkret heißt das: Die weitere europäische Integration muss den sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden der Mitgliedsstaaten in stärkerem Maße Rechnung tragen und auf das Fundament der Wettbewerbsfähigkeit gestellt werden. Sie darf nicht ohne Rücksicht darauf in Richtung eines europäischen Zentralstaates vorangetrieben werden.

Anrede,

ich halte es für richtig, zur Reichweite von Euro-Rettungsmaßnahmen auf allen Ebenen und insbesondere auf dem Bundesparteitag im November, die erforderlichen Diskussionen in der Partei intensiv zu führen und ggf. auch die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Die komplexen Fragestellungen zur Zukunft des Euros und der Europäischen Union lassen sich aber bei allem Respekt vor dem guten Instrument der Mitgliederbefragung m. E. nicht auf diesem Wege mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und in der gebotenen Gründlichkeit beantworten.

Anrede,

ein weiteres Politikfeld von aktueller und entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist die Energiepolitik. Unser Ziel ist es – so haben wir es auch auf den Parteitagen in Braunschweig und Rostock beschlossen – eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung sicherzustellen. Die Energiewende mit dem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 ist eine der größten

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Herausforderungen seit der deutschen Einheit. Die gesamte Energieinfrastruktur muss umgebaut werden:

von der zentralen Energieerzeugung durch Großkraftwerke hin zu einer dezentralen Erzeugung durch viele kleine Anlagen regenerativer Energien,

von einer Erzeugung in der Nähe der Verbrauchsschwerpunkte im Süden und Westen Deutschlands hin zu einer Erzeugung in der Nordsee fern ab dieser Verbrauchsschwerpunkte,

von einem Energiemix mit Kernenergie hin zu einem Energiemix mit ausschließlich fossilen und regenerativen Energien.

Nun gilt es, die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Wir Liberale müssen uns dabei vor allem zwei Herausforderungen stellen:

Erstens, der Preisentwicklung. Klar ist, dass die Energiekosten in Folge der Energiewende steigen werden. Und dies hat ganz konkrete Auswirkungen:

Gerade Menschen mit geringen Einkommen werden von den Preissteigerungen überproportional betroffen sein. Für die Grünen ist dies als erzieherische Maßnahme sogar gewollt. Ich erinnere nur an die Einführung der Stromsteuer oder der Forderung den Benzinpreis auf 5 DM pro Liter zu setzen. Für uns Liberale ist aber klar: Wenn ein heißes Vollbad oder eine heiße Dusche zum Luxus wird, dann läuft in unserer Gesellschaft etwas gehörig schief! Energie darf kein Luxusgut werden!

Und es geht um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und des Standortes Niedersachsen. Die Ungewissheit über die Preisentwicklung führt schon jetzt dazu, dass Investitionen insbesondere im energieintensiven Bereich zurückgestellt und damit mittelfristig Arbeitsplätze gefährdet werden oder gar nicht erst in Niedersachsen entstehen.

Die Energiekostenfrage ist DIE soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Und hier ist Kritik angebracht: Die Frage der Entwicklung der Energiepreise ist bei allen Diskussionen und Beschlüssen in den vergangenen Monaten zur Energiepolitik sträflich vernachlässigt worden. Die FDP muss und wird sich dieser Frage annehmen. Grüne sprechen nur vom Ausstieg – die FDP wird sich darum kümmern, wie er überhaupt bezahlbar wird!

Und hierfür gibt es liberale Ansätze: Man kann den Wettbewerb auf den Energiemärkten stärken – die Förderung lässt sich stärker auf effiziente Energieerzeugungsarten richten.

Liberale Antworten machen die beschleunigte Energiewende erst finanzierbar! Hiermit werden wir uns auch im Hinblick auf die Landtagswahl programmatisch befassen müssen.

Zweitens sehe ich bei der Energiewende die Gefahr, dass bei ihrer Umsetzung Bürgerrechte unter Druck geraten. Wer die Energiewende in kürzester Zeit durchpeitschen **ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**

will, lässt zu, dass Betroffene, zum Beispiel Grundstücksbesitzer, unter die Räder kommen. Die FDP muss sich dem entgegenstellen und wird sich auch bei der Umsetzung der Energiewende für den Schutz der Bürgerrechte und einen fairen Interessenausgleich einsetzen.

Anrede,

in ziemlich genau 16 Monaten findet bei uns die Landtagswahl statt. Dann wird es darum gehen, wie unser Land künftig regiert wird. Unsere gemeinsam mit der CDU im Jahre 2003 gebildete Landesregierung ist nunmehr seit über acht Jahren ausgesprochen erfolgreich und – das unterscheidet sie von Berlin – geräuschlos tätig. Selbst die Anhänger der SPD sind laut einer Umfrage zu 59 Prozent mit der Arbeit unserer schwarz/gelben-Landesregierung mehrheitlich zufrieden und von ihr überzeugt. Von den Anhängern von CDU und FDP ganz zu schweigen. Dazu tragen Hans-Heinrich Sander, Jörg Bode und Christian Dürr mit seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen tagtäglich maßgeblich bei, und zuvor auch Walter Hirche und Philipp Rösler.

Politik ist eben auch eine Frage des Stils. Schwarz-gelb arbeitet in Niedersachsen solide, unaufgeregt, verlässlich – DAS ist der niedersächsische Weg! Und das ist auch mein Weg: Weniger krawallig, dafür aber umso entschiedener in der Sache.

Anrede,

unsere Landtagsfraktion und unsere Minister zeigen liberales Profil.

So etwa in der Bildungspolitik, die auch künftig eine entscheidende Rolle in der Landespolitik haben wird. Im Jahr 2010 gab es den Startschuss für das wichtigste bildungspolitische Projekt in Niedersachsen in dieser Legislaturperiode – und zwar die Schulreform! Die Niedersächsische Oberschule basiert auf dem Vorschlag, den wir – und hier möchte ich ausdrücklich Björn Försterling danken – unter dem Titel Niedersachschule in die Schuldiskussion eingebracht haben.

Mit der neuen Oberschule kann es gelingen, endlich den jahrzehntelangen Streit um die Schulstruktur zu beenden. Wir setzen auf flexible Schul-Lösungen in den Kommunen vor Ort. So kann Bildung wohnortnah angeboten werden, trotz des demografischen Wandels. Das was gut an den Haupt- und Realschulen gelaufen ist, wollen wir an der Oberschule fortsetzen. Gleichzeitig wollen wir die Qualität weiter verbessern durch kleinere Klassen, mehr Sozialpädagogen, mehr Ganztagsunterricht.

Und vor allem ist diese Reform ein klares Bekenntnis zur erfolgreichsten Schulform, die wir haben: dem Gymnasium. Durch die Schaffung einer attraktiven Alternative stoppen wir den Trend, dass die Schulwahl, sich immer weniger an den Fähigkeiten der Schüler orientiert.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Damit stärken wir das gesamte Schulsystem und unsere Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen.

Wir stehen für Vielfalt statt für Einfachheit. Denn uns geht es um jedes einzelne Kind mit seiner individuellen Begabung. SPD und Grüne vertreten hingegen weiterhin reflexartig mit der Einheitsschule, dass eine Schule für alle am besten geeignet sei für die verschiedenen Bedürfnisse der Schüler. Sagen wir wie es ist: SPD und Grüne wollen das Gymnasium nicht mehr – sie würden es ohne mit der Wimper zu zucken abschaffen. Das ist mit der FDP nicht zu machen!!

Anrede,

aber auch in der Umweltpolitik wird die liberale Handschrift deutlich. So setzen wir auf eine Umweltpolitik MIT den Menschen. Wir sehen den Menschen nicht als Objekt staatlichen Handelns, sondern als aktiven Partner. Auch und gerade in der Umweltpolitik. Das heißt beispielsweise ganz konkret, dass bei der Frage wie der Schutz der Natur ausgestaltet wird, wir auf den Vertragsnaturschutz setzen und die Landwirte als Partner ansehen und nicht wie etwa die Grünen als Gegner. Inzwischen gibt es Verträge über etwa 45.000 ha. 2002 unter SPD-Regierung waren dies lediglich 19.000 ha.

Ein weiteres Beispiel liberaler Umweltpolitik unter Hans-Heinrich Sander ist die Novelle des Abfallwirtschaftsrechts. Hier treten wir für eine Stärkung des Wettbewerbs ein, ohne bewährte kommunale Strukturen in Frage zu stellen. Dadurch entsteht erst der notwendige Druck, der eine effiziente und bezahlbare Aufgabenerledigung sicherstellt.

Und in der Wirtschaftspolitik macht Jörg Bode die liberale Handschrift in der Landesregierung deutlich, indem er zum Beispiel die Wirtschaftsförderung konsequent auf den Mittelstand ausrichtet.

Es war immer unser Anliegen und unsere Überzeugung, dass wir irgendwann von der Gießkannenförderung für einzelne Betriebe wegkommen müssen. Walter Hirche hat dies begonnen und Jörg Bode setzt das jetzt fort. Unter anderem, indem wir weniger subventionieren und das Geld lieber in Infrastruktur und die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsraumes Niedersachsen stecken. So wird aus einer Beihilfe für Wenige eine nachhaltige Optimierung der ohnehin schon sehr guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Niedersachsen. Dass Jörg Bode für diese Maßnahmen vor allem von den Sozialdemokraten gescholten wurde, zeigt uns doch, dass er hier auf dem völlig richtigen Weg ist.

Den Mittelstand fit machen für einen immer globaler werdenden Wettbewerb, Innovationen als das beste Sprungbrett für wirtschaftliche Entwicklung fördern und mit Leuchtturmprojekten Stärken stärken: Das ist liberale Politik!

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Anrede,

dies sind nur wenige Beispiele. Es gibt zahlreiche weitere Beispiele aus allen Politikfeldern für erfolgreiche liberale Politik in Niedersachsen. In den nächsten Wochen und Monaten wird es darum gehen, den Wählerinnen und Wählern deutlich zu machen, was es bedeutet, dass die FDP in Niedersachsen mitregiert.

Es geht insbesondere darum, unsere politische Grundhaltung deutlich zu machen: Wir setzen auf die Eigenverantwortung und individuelle Solidarität der Menschen. Wir begegnen den Bürgerinnen und Bürgern partnerschaftlich und nicht obrigkeitstaatlich, wir begegnen ihnen mit Vertrauen und nicht mit Misstrauen. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt und keine Ideologie.

Wir müssen deutlich machen, dass die FDP die Garantin für eine konsequente, solide und zukunftsfähige Haushaltspolitik ist, die unserer Verantwortung gerecht wird, auch für künftige Zeiten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu sichern. Deshalb ist es auch richtig, dass die Landtagsfraktion sich dafür einsetzt, bereits im Jahr 2016 und nicht erst 2017 keine neuen Schulden mehr zu machen. SPD und Grüne können hingegen nicht mit Geld umgehen – was rot-grüne Haushaltspolitik bedeutet, sehen wir in Nordrhein-Westfalen. Dort wird die Haushaltskonsolidierung sträflich vernachlässigt. Ganz Europa diskutiert über die Schuldenbremse und SPD und Grüne gehen gleichzeitig tief in den Dispo – so eine Politik wird sich bitter rächen!

Wir müssen deutlich machen, dass wir es sind, die für eine Schul- und Bildungspolitik stehen, die die Verbesserung der Bildungsqualität und -angebote anstrebt und keine ideologische Debatten führt;

dass wir es sind, die für Fortschritt, Wettbewerb und Nachhaltigkeit eintreten;

dass wir es sind, die die Bürgerrechte vor staatlichen wie auch privaten Übergriffen schützen und verteidigen;

dass wir es sind, die für eine moderne Familienpolitik stehen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert;

und nicht zuletzt,

dass wir es sind, die für einen Politikstil stehen, der sich durch Erkennbarkeit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit auszeichnet.

Anrede,

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

wenn uns dies gelingt, dann werden wir unser Ziel erreichen. Liberale Politik hat Niedersachsen seit 2003 gut getan – packen wir es jetzt an, dass die FDP eine starke Stimme in Niedersachsen bleibt!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!